ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Europäische Krise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1974) : Europäische Krise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 1, pp. 6-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134628

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Otto G. Mayer

Europäische Krise

Die EG der Neun ist genau ein Jahr alt. Wohlklingende, überzeugungskräftige und beschwörende Worte begleiteten sie, und nur allzu gern ließ man sich von diesen Worten berühren und verfiel einem größeren Optimismus, als angebracht war. Um so größer ist auch die Enttäuschung über den Scherbenhaufen, den die sogenannte Gemeinschaft zu Beginn dieses Jahres bietet. Nicht einmal die Worte blieben, wenn Herr Apel in „Die Zeit" feststellt: „Wir haben uns in den letzten Jahren oft auch mit Worten übernommen und von der Gemeinschaft Aktionen gefordert in Bereichen, in denen sie schon wegen der unterschiedlichen nationalen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Strukturen auf lange Sicht nicht zu gemeinsamer Politik fähig sein wird."

Was tun? Genau vor einem Jahr schrieben wir an dieser Stelle, daß einer der wichtigsten Prüfsteine der erweiterten EWG die längst fälligen Maßnahmen zur Verbesserung der Entscheidungsverfahren des Ministerrates und der Kohärenz des gemeinschaftlichen Handelns seien. Genau dies bedeutet es, wenn Apel den Abbau der Einstimmigkeitsregel im Rat und die Aufwertung des Europäischen Parlaments fordert. Diese klare Aussage der Bundesregierung ist zwar zu begrüßen, doch ist anzunehmen, daß es weiterhin bei den Worten bleibt. Denn die Ausgangslage heute ist weitaus trister als die vor einem Jahr.

Die Gipfelkonferenz in Paris Ende 1972 gab Grund zu der Hoffnung, daß die europäischen Länder noch enger aneinander rücken würden und Europa in der Welt wieder ein ernst zu nehmendes Gewicht darstellen würde. Doch diese Hoffnungen gründeten sich auf Worte, die von der Wirklichkeit hinweggefegt wurden.

Die Ölkrise deckte auf, wie stark die Solidarität innerhalb der Gemeinschaft ist; der Streit um den Regionalfonds zeigte, daß notwendige Gemeinschaftslösungen zu bilateralen Querelen werden. Was dem einen sein Agrarmarkt, ist dem anderen sein Regionalfonds; was Frankreich an gemeinsamer Finanzierung der Agrarpolitik recht gewesen ist, schien den Briten auf dem Gebiet der gemeinsamen Finanzierung der Regionalentwicklung nur billig zu sein.

Über dem Streit um den Regionalfonds ist die gesamte Integrationspolitik zum Stillstand gekommen und insbesondere die gemeinsame Energiepolitik suspendiert worden. Dies allerdings ist nicht mehr eine der üblichen Reibereien in der EG, an die man sich mittlerweile allzu sehr gewöhnt hat. Dies trifft den Kern der Gemeinschaft schlechthin und kann sich zu einer Krise des Systems ausweiten – wenn nicht bald der politische Wille sichtbar wird zur Umkehrung auf diesem für die Gemeinschaft verhängnisvollen Wege.

Doch woher sollen diese Kraft, dieser Wille kommen? Großbritannien hat die erst ein Jahr alte Hoffnung, von ihm werden neue Impulse kommen, schwer enttäuscht und scheint sich der Selbstzerfleischung hingeben zu wollen; Frankreichs Regierung stößt auf zunehmenden innenpolitischen Widerstand und praktiziert Gemeinsamkeit durch bilaterale Verträge mit Saudi-Arabien; Dänemarks Minderheitsregierung ist mit dem eigenen Überleben beschäftigt; über die Aktivität der Bundesregierung ist genügend gesagt worden usw. Das Bild, das die europäischen Regierungsfürsten auf dem Kopenhagener Gipfel boten, spricht für sich.

Bei dieser Lage erscheint es dann fast als unverwüstlicher Optimismus, wenn der ehemalige Chef der EG-Kommission, Sicco Mansholt, trotz aller Kritik fest davon überzeugt ist, daß wir zwischen 1980 und 1985 eine Art europäischer Regierung haben werden, die von einem europäischen Parlament mit gesetzgeberischen Befugnissen kontrolliert wird.

Diese Äußerung erinnert sehr an die Aussage, die man bislang in Krisensituationen der EG zu hören pflegte – die Gemeinschaft habe noch immer einen Ausweg gefunden, weil sie schließlich „zum Erfolg verurteilt" sei. Daß sie zum Erfolg, zum politischen Zusammengehen, gezwungen ist, bedarf keiner Frage: Es gibt keine vernünftige Alternative. Vielleicht wäre es deshalb angebracht, daß die EG-Staaten hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration eine kleine Pause einlegen, um sich auf politischen Kern und Aufgabe der Gemeinschaft zu besinnen. Nicht Verordnungen über Lammhirnimporte erzwingen Gemeinsamkeit, sondern allein der politische Wille.